

Sucht



2025 – 2035“ dienen. In Zukunft soll dieser in dreigliedert sein: Eine „Steuerungskommission“ unter dem Vorsitz der Landesrätin für Soziales und Gesundheit, eine „Psychiatrie- und Suchtkonferenz“ und durch „Begleitgruppen der Psychiatrie- und Suchtkoordination“.

In der Steuerungskommission sind Betroffene und deren Angehörige nicht vertreten, sondern Entscheidungsträger finanziender Instanzen und Vertreter des Amtes der Vorarlberger Landesregierung. Dieser neu aufgestellte Landespsychiatriebeirat wird zu Beginn die Priorisierung geplanter Maßnahmen sowie die Festlegung der Verantwortlichkeiten für die Strategiumsetzung festlegen.

Vieles noch unklar. Was die neue Psychiatrie- und Suchtstrategie wert ist, kann erst in Zukunft in der Realität abgelesen werden. Vorläufig ist es ein Plan und ein Bekenntnis „zu einer Gesellschaft, die sich um das Wohlbefinden und die Gesundheit aller ihrer Mitglieder kümmert“, wie es im Vorwort heißt.

BREGENZ

Sozialeinrichtungen im Widerstand und ein neues Psychiatriekonzept

Persönliche Ausgabe von

Vorarlberger Kinderdorf (337192)

Wenn gleich zwei Pressekonferenzen hintereinander stattfinden, kocht es im Hintergrund. So geschehen gestern in Bregenz.

Fünf Sozialeinrichtungen des Landes mit deren Vertretern im Arbeitgeberverein (AGV), der über 150 Sozialeinrichtungen mit etwa 9000 Mitarbeitenden umfasst, informierte gestern im Kinderdorf, was durch die Kosteneinsparungen des Landes in vielen Bereichen auf der Kippe steht.

Vertragsabschluss gefährdet. Walter Schmolly, als Obmann des AGV und Direktor der Caritas Vorarlberg, leitete die Pressekonferenz und verwies darauf, dass auch die Sozialeinrichtungen auf die Kompetenz und Motivation der Mitarbeitenden angewiesen sind und der Sozialbereich durch die Kürzungen an Attraktivität verliere – zum Schaden der Menschen, die auf diese Hilfe angewiesen sind. Und das sind potentiell alle Menschen in Vorarlberg. Besondersbrisant ist, dass der AGV den Abschluss eines Kollektivvertrags für ihre Beschäftigten gefährdet sieht. In diesem Fall sehen sie sich auf der gleichen Seite wie die Gewerkschaft, betonte Walter Schmolly, und treten gegen die Kürzungen im Sozialbereich und bei den Tarifen für Ihre Leistungen auf. Schmolly: Ich sehe nicht, wie wir angesichts der angekündigten Kürzungen von 15 Millionen Euro einen Kollektivvertrag

für 2026 abschließen können.“ Der Sozialfonds mit Land und Gemeinden ist der wichtigste Auftraggeber für diese privaten Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, und diese könnten das unmöglich ausgleichen. So sei der Abschluss eines Kollektivvertrages sehr schwierig bis unmöglich, brachte es der Obmann auf den Punkt.

Argument als Nebelgranate. Das Argument des Landes, die Einsparungen würden einzig die „Strukturkosten“ betreffen, sei eine „Nebelgranate“, so Schmolly: „Diese Einsparungen werden direkt bei den Menschen spürbar sein, die Unterstützung brauchen. Beispiele wurden von den Vertretern jeweils genannt. Beim Institut für Sozialdienste (IFS) zum Beispiel der Bereitschaftsdienst im ambulant-psychiatrischen Bereich, wovon auch in der Pressekonferenz zur „Psychiatriestrategie 2025 bis 2035“ die Rede war (siehe links).

Appell an den Landeshauptmann. Der Vorstand des AGV appelliert an Landeshauptmann Markus Wallner, der auch Finanzreferent ist, zu einem konstruktiven Dialog zurückzukehren, den er selbst eingefordert habe. Es brauche für beide Seiten faire Tarife. Schmolly erklärte, dass es

ein Märchen sei, dass es im Sozialbereich zu wenig Steuerung gebe, genauso wenig, wie es eine Kostenexplosion im Sozialbereich gegeben habe. Es brauche eine Kultur des Miteinanders und der Vernetzung für eine Weiterentwicklung der sozialen Landschaft im Land. Durch einseitige Vorgangsweise sei die Kultur im Sozialbereich gefährdet, „und alle sollen wissen, was hier gerade passiert“.

Forderungen

1. Die neue Tarifstruktur für die Abgeltung der Leistungen muss verschoben werden.
2. Es braucht für die Betroffenen Transparenz, wo Leistungen gekürzt oder gestrichen werden.
3. Die Mitarbeitenden in den Einrichtungen brauchen gute Arbeits- und Rahmenbedingungen, damit diese auch gewonnen und gehalten werden können.
4. Für die Angebote braucht es kostendeckende Tarife, der Kollektivvertrags-Index muss bei den Tarifen des Sozialfonds voll berücksichtigt werden.
5. Die geplanten Strukturveränderungen sehen zusätzliche Strukturen vor, die zu Doppelgleisigkeiten führen können und für solche Veränderungen braucht es solide Analysen von Kosten und Nutzen.



Michaela Wagner-Braito, Margarete Laschalt-Schweikofler, Walter Schmolly, Martina Gasser und Simon Burtscher-Mathis (v.l.) präsentierten fünf Forderungen an die Landesregierung und appellierte an den Landeshauptmann.

BEREUTER